

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellert bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag
13. Mai 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einseitige mm-Zeile kostet 60 Pfg., bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 19

Inhalt der Nummer:

Die Konferenz von Paris.
Zur kommenden Städte- und Gemeindeordnung.
Kommunalpolitik und Deutsche Volkspartei.
Die Not in der Ostmark.
Die weltgeschichtliche Ironie der Schulfrage.
Von Dr. Herbert Stegemann.
Das Schulbekenntnis.
Staatsgefährung.
Worte aus der Verbannung.
Was haben wir schon geleistet?
Sozialdemokraten und allgemeiner Volksstraßentag.
Tarifierhöhung.
Die Kohlenpreiserhöhung. Von Dr. Fr. A. Pinkerneil, M. d. Pr. L.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Die Konferenz von Paris.

E. Sp. Das Schicksal der Konferenz von Genua versinkt immer mehr in das Ungewisse. In der russischen Frage scheint eine gemeinsame Vereinbarung aller Konferenzmächte mit den Vertretern Sowjet-Rußlands so gut wie ausgeschlossen. Und über die Aussichten des sogenannten Friedenspakt, der Europa einen zehnjährigen Schutz gegen Angriffe gewähren soll, lauten die Berichte immer pessimistischer. Von dem Horizont von Genua können Deutschland wohl noch Wolken nahen, die neue Gefahren bringen. Ein Hoffnungsstrahl, der uns den Blick auf eine rasch anbrechende bessere Zukunft öffnet, wird uns von dort nicht mehr leuchten. Was von der Konferenz von Genua jetzt noch übrig bleibt, das sind Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern der Entente, die schon immer in gegenseitiger Fehde lagen. Wir sind selbstverständlich sehr stark interessierte Zuschauer dieses Schauspiel, aber wir haben weder die Möglichkeit noch ein Interesse, dabei eine Rolle mitzuspielen. Ein Teil unserer Vertreter und fast die meisten Sachverständigen haben denn auch den Schauplatz der Genuaer Konferenz verlassen. Dieser äußere Vorgang ist bezeichnend für das innere Verhältnis, in dem wir jetzt in der vierten Konferenzwoche zu Genua stehen.

Auch der Finanzminister Dr. Hermes ist von Genua wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er auf einer Zwischenstation mit den Finanzministern der Länder eine Besprechung gehabt hat. In Berlin hat er sich inzwischen mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen über die finanzpolitische Seite von Genua unterhalten, und zwar nicht nur über das, was dort in wochenlangen Finanzberatungen erzielt worden ist, sondern auch über die Folgen, die wir aus diesen Finanzberatungen abzuleiten berechtigt sind. Dabei spielt selbstverständlich die Frage der internationalen Anleihe eine Hauptrolle. Der Bericht, den Dr. Hermes den Parlamentariern erstattete, hat manche falsche Auffassung zerstreut. Dr. Hermes wurde bisher in vielen Berichten, die aus Genua zu uns kamen, als ein scharfer Gegner des deutsch-russischen Vertrages geschildert und seine Abreise von Genua wurde als ein Beweis dafür gedeutet, daß der Reichsfinanzminister seine finanzpolitischen Pläne als gescheitert ansehe, und zwar infolge des Vertrages von Rapallo. Die Aussprache des Ministers mit den Fraktionsvertretern hat die Haltlosigkeit dieser Nachrichten klar ergeben. Ob Dr. Hermes dem Abschluß des Vertrages mit den Russen widersprochen hat, weil er darin eine Gefährdung der Anleiheverhandlungen sah, bleibt dahingestellt. Jedenfalls haben nach dem Abschluß des Vertrags die weiteren Verhandlungen in den Finanzkommissionen und Unterkommissionen in Genua gezeigt, daß der Vertragsabschluß von Rapallo ohne nachhaltige störende Wirkung geblieben ist. Die Finanzsachverständigen haben selbstverständlich sofort erkannt, daß Deutschland durch seine wirtschaftliche Vereinbarung mit Rußland an Kredit nur gewinnen kann und die heuchlerischen Moralphanken in der Ententepresse haben auf diese Männer nicht den geringsten Eindruck gemacht. Das gilt auch von den französischen Finanzsachverständigen. Dr. Hermes hat also nicht den geringsten Grund, auf Genua mit dem Gefühl getäuschter Hoffnung zurückzublicken. Vermutlich ist er nicht mit allzu großen Hoffnungen nach Genua gegangen. Was aber dort erreicht werden konnte, glaubt er erreicht zu haben. Die Aussprache unter den Finanzsachverständigen hat die Überzeugung allgemein vertieft, daß ein Land wie Deutschland unter der Last ungeheurer Entschuldigungsverpflichtungen nicht aus

eigener Finanzkraft über die Schwierigkeiten seines Währungsverfalles hinwegkommen kann. Was Dr. Rathenau in der zweiten Vollziehung der Genuaer Konferenz über diesen Punkt gesagt hat, ist allen Finanzsachverständigen aus dem Herzen gesprochen. Und wie Dr. Rathenau bemerkte, an der theoretischen Erkenntnis fehle es nirgends, so hat auch Minister Dr. Hermes von Genua die Überzeugung mitgebracht, daß dort die theoretische Grundlage gefunden worden ist, auf der man zu einer Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Gesundheit schreiten kann. Er hält deshalb auch die Ausbringung einer internationalen Anleihe nicht für aussichtslos. Wohl aber hält er sie für schwierig, denn auf die Theorie muß nun die praktische Probe gemacht werden. Und hier beginnen natürlich erst die wirklichen Schwierigkeiten.

Während die Konferenz von Genua für uns kein Feld ernsthafter Betätigung mehr sein kann, beginnt die Konferenz von Paris eine immer größere Bedeutung anzunehmen. Sie ist bekanntlich von der Reparationskommission einberufen und wird am 23. Mai unter dem Vorsitz des Belgiers Delacroix zusammentreten. Ihr einziges Verhandlungsthema ist die Ausbringung einer internationalen Anleihe für Deutschland. Und da es hier um das liebe Geld geht, so hat sich auch die Reparationskommission, die sonst so unnahbar ist, dazu verstanden. Deutschland als gleichberechtigten Teilnehmer einzuladen. Es ist bekannt, daß sich das Finanzministerium durch den Staatssekretär Bergmann vertreten lassen wird. An dem ernststen Willen der Reparationskommission, durch die Konferenz von Paris eine Anleihe für Deutschland flüssig zu machen, ist nicht zu zweifeln. Denn die Reparationskommission will bares Geld, das Deutschland aus eigener Finanzkraft nicht mehr schaffen kann. Daß es ernst gemeint ist, geht ja auch zur Genüge aus der Teilnahme von zwei sehr gewichtigen Finanzleuten hervor, des Amerikaners Pierpont Morgan und des Holländers Vissering. In dieser Konferenz der praktischen Finanzleute wird sich nun zeigen müssen, ob die Theorie von Genua ihre Probe in der Praxis bestehen soll. Unsere Zustimmung muß an die Erfüllung zweier Vorbedingungen geknüpft sein: Man darf auf der einen Seite keine unannehmbaren Bürgschaften fordern und uns keine erdrückende Zinsenlast auferlegen, und man

müß uns auf der anderen Seite eine wirkliche Atempause durch ein langjähriges Moratorium gewähren. Die Konferenz von Paris zeigt, was die Entente wirklich von uns will. Die Drohung Poincarés mit dem Verfalltage sollte uns deshalb nicht schrecken.

Zur kommenden Städte- und Gemeindeordnung.

Von Oberbürgermeister Dr. Most, M. d. R.

I.

Soeben ist der erste Entwurf einer neuen preussischen Städte- und Gemeindeordnung veröffentlicht worden. Einen Fortschritt bringt das neue Gesetz ohne Zweifel. An die Stelle von insgesamt 15 Gemeindeordnungen, die heute in Preußen ein buntes Bild der Verschiedenartigkeit geben, wird ein einheitliches Recht treten. Damit aber dieser Fortschritt nicht plötzlich zum Nachteil gereiche, muß dafür gesorgt werden, daß nicht bewährte, geschichtlich und sachlich begründete Eigentümlichkeiten einer allzuweitgehenden Uniformierung (fast geradezu die typische Gefahr der heutigen Gesetzgebung!) anheimfallen.

Die Vergangenheit warnt. Preußen hat schon einmal eine „Gemeindeordnung“ gehabt, die unterschiedslos für den ganzen Staat, (wozu freilich damals Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau noch nicht gehörten) und gleichermaßen für Stadt- und Landgemeinden galt. Sie hat nur wenige Jahre, von 1850 bis 1853, gegolten; es erwies sich bald, daß man hier mit einem an sich richtigen Gedanken allzuweit gegangen war.

Bei der neuen Gesetzgebung soll die Verkoppelung des städtischen und des ländlichen Rechts nicht wiederholt werden. Im übrigen wird die wichtigste Frage sein, welche Stellung man zu den heute grundlegenden Verschiedenartigkeiten der Gemeindeverfassungen in den einzelnen Landesteilen nehmen wird. Hierbei handelt es sich zunächst und vor allem um drei Probleme:

1. Bürgermeister- oder Magistratsverfassung in den Städten?
2. Direkte oder indirekte Wahl der Magistratspersonen?
3. Bürgermeisterei- oder Einzelgemeindeverfassung auf dem Lande?

Der Unterschied zwischen Bürgermeister- und Magistratsverfassung liegt bekanntlich darin, daß es bei dieser zwei kommunale Körperschaften, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, gibt, deren Übereinstimmung für alle wesentlichen Beschlüsse Voraussetzung ist, während bei der Bürgermeisterverfassung die Beschlussfassung allein bei den Stadtverordneten liegt und ein Magistrat fehlt. Dort steht an der Spitze der Stadtverordnetenversammlung ein gewählter Vorsteher, hier der Bürgermeister. Die Leitung der Verwaltungsgeschäfte schließlich liegt dort in der Hand eines Kollegiums, hier eines einzelnen.

Die Magistratsverfassung ist in den östlichen Provinzen die allein zulässige. In Westfalen ist die Magistratsverfassung als Regel vorgesehen, aber den Städten die Annahme der Bürgermeisterverfassung gestattet; in der Rheinprovinz schließlich ist es umgekehrt so geregelt, daß die Bürgermeisterverfassung die Grundlage ist, aber die Annahme der Magistratsverfassung frei steht. Tatsächlich hat man in Westfalen Fälle der Bürgermeisterverfassung, und diese hat sich bewährt. Die rheinische Kommunalgeschichte kennt andererseits drei Fälle ernsthafter Versuche zur Einführung der Magistratsverfassung; sie haben sämtlich schließlich zur Beibehaltung bezw. Wiedereinführung der Bürgermeisterverfassung geführt. Maßgebend dafür war vor allem die Erkenntnis, daß unter sonst gleichen Verhältnissen in der Bürgermeisterverfassung schneller, einfacher, darum vielleicht auch in der Verwaltung sparsamer, schließlich auch in stärkerer Zusammenfassung aller Kräfte zu einem Ziel gearbeitet werden kann. Andererseits kann freilich nicht übersehen werden, daß die Magistratsverfassung wie jedes Zweikammersystem einen

starken Schutz vor übereilungen, und den Zwang zu oft gründlicherer Durcharbeitung und vielseitigerer Beleuchtung aller Projekte gewährleistet. Die beste Lösung wird die sein, jeder Stadt und jeder Gegend die bisherige Verfassung zu belassen mit der Maßgabe, daß dem Grundsatze möglicher Vereinfachung der Verwaltung zu Liebe ein Übergang zwar von der Magistrats- zur Bürgermeister-, nicht aber von der Bürgermeister- zur Magistratsverfassung erlaubt bleibt.

II.

Schwieriger erscheint manchem die zweite Frage. Daß die Ernennung von Bürgermeistern und Beigeordneten von Staats wegen dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung, wie er sich in Deutschland herausgebildet hat, unmittelbar widerspricht, liegt auf der Hand. Es werden darum die Bestimmungen beseitigt werden müssen, wonach beispielsweise in Frankfurt a. Main, Neuorpommern und Rügen, in den rheinischen Landbürgermeistereien und in den westfälischen Ämtern die Leiter des Gemeinwesens noch staatlich ernannt werden. Umstritten aber ist die Frage, ob Bürgermeister, Landräte und Beigeordnete künftig durch die Gesamtheit der Stadtbürger (wie heute nach der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung) oder von der Stadtverordnetenversammlung (wie heute im wesentlichen nach den übrigen preussischen Städteordnungen) gewählt werden sollen. Eine Zeitlang schien die Wage sehr zugunsten des ersteren Verfahrens ausschlagen zu wollen; dem Zuge der Zeit entsprechend. Ruhiger Abwägende werden dringend wünschen, daß der Stadtverordnetenversammlung das Wahlrecht erhalten bleibt und dort, wo es ihr noch nicht geworden ist, übertragen wird.

Der Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung überhaupt stehen ohnehin schon viel zu viel heute im politischen Parteikampf. Alle Wohlmeinenden, gleichgültig um die politische Gesinnung, sind sich in dem Streben einig, die Politisierung des kommunalen Lebens wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Die Wahl des Bürgermeisters durch die Allgemeinheit mit seinen unausbleiblichen öffentlichen Kämpfen stellt das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Bürgermeister und Bürgerschaft von vornherein auf eine ganz besonders schwere Belastungsprobe.

Was das dritte Problem anlangt, so ist davon auszugehen, daß die Rheinprovinz zwischen die Einzelgemeinde und den Landkreis noch als Zwischenglied die Bürgermeisterei und Westfalen das „Amt“ einschleibt, und zwar als die im Grunde maßgebliche Selbstverwaltungskörperschaft, zu der je eine Reihe von Gemeinden zusammengefaßt sind. Letztere haben zwar auch ihren Vorsteher, der meist ehrenamtlich seine Aufgaben vornimmt. Um aber die Fülle namentlich der fakultativen Kommunalaufgaben durch Zusammenfassung der finanziellen und persönlichen Kräfte zu erfüllen, ist ihr Träger im wesentlichen der größere Verband, die Bürgermeisterei mit dem hauptamtlichen und besoldeten Bürgermeister. Wer beobachten kann, wie auf dieser Grundlage rheinische Landbürgermeistereien und westfälische Ämter eine kommunale Tätigkeit zu entfalten in der Lage sind, die nach Umfang und Güte derjenigen vortrefflich geleiteter Städte gleichkommt, wird dringend wünschen, daß die künftige Gesetzgebung dem Rechnung trägt und, wenn irgend möglich, diese rheinisch-westfälischen Formen nicht nur dort, wo sie vorhanden sind, erhält, sondern den übrigen Landgemeinden des Staates die Möglichkeit ihrer zum mindesten fakultativen Aufnahme offen läßt.

Auf eine Reihe weiterer Fragen, die mit der Stadt- und Landgemeindeordnung zusammenhängen, wird demnächst zurückgekommen werden.

Kommunalpolitik und Deutsche Volkspartei.

Kommunale Arbeit sollte über und jenseits den Schranken der politischen Parteien stehen. Große Teile kommunaler Verwaltung sind durch und durch unpolitisch; ob ein Weg angelegt, eine

Allee gepflanzt, der Dorfteich geschlämmt, oder ob in den Städten eine Straße gepflastert, eine Gasanstalt erbaut, eine Kleinkinderfürsorge eingerichtet werden soll, darüber könnten sich die Männer und Frauen, die in der Kommunalverwaltung arbeiten, einigen, auf Grund ihrer praktischen Erfahrung, ihrer Kenntnisse der Bedürfnisse des Gemeinwesens und des gesunden Menschenverstandes, gleichgültig, welcher politischen Partei sie im übrigen angehören. So ist es auch bis zum Kriege in zahlreichen deutschen Gemeinden tatsächlich gewesen; heute ist es anders und muß es anders sein. Gegenüber dem Versuch der sozialdemokratischen Parteien, die Kommunen zu einem Experimentierfeld für ihre Theorien zu machen, mußten die bürgerlichen Parteien in scharfe und entschiedene Opposition treten, aber auch innerhalb der bürgerlichen Parteien bilden sich auf zahlreichen Gebieten kommunaler Verwaltung starke Gegensätze heraus; für die Deutsche Volkspartei ist gerade die kommunale Arbeit eine Betätigung ihrer liberalen Grundanschauungen.

Die deutschen Kommunen haben seit alters her eine zwiesache Art ihres Seins und Tuns. Sie sind eingefügt in den Staatsorganismus, sie wurden vom Staate herangezogen zur Mitwirkung bei vielfältigen Geschäften staatlicher Verwaltung; von den Gemeinden, als den von Leben strotzenden Zellen des einzelnen Staates über die vielfältigen Erscheinungen der höheren Kommunalverbände bis hin zum Land und zum Reich wirkt sich die öffentliche Verwaltung in ihren mannigfachen Verästelungen aus, fast immer bis hinunter in die Einzelgemeinde reichend.

Und andererseits sorgt und arbeitet die Gemeinde und ähnlich der höhere Kommunalverband für sich und die Seinen, hier stets auch wirtschaftlich tätig, in freier Selbstverwaltung, nur durch die Kommunalaufsicht begrenzt und in möglichst weitgezogenen Schranken gehalten.

So stellte sich deutsche Kommunalverwaltung uns bis zum Ausgang des Krieges dar; die Unbeschränktheit der Zwecke, die Möglichkeit, alles zu erfassen, was den Bürgern Nutzen und Annehmlichkeit gewährt, darüber hinaus alle Gebiete des Kulturlebens zu pflegen, diese Universalität der Zwecke der deutschen Gemeinde — des Analogons des Staates — sie hatte in den glücklichen Zeiten des sich emporredenden Deutschlands zu der Blüte deutschen Gemeinwesens geführt, um die uns die anderen Nationen beneiden. Heute steht die deutsche Gemeinde in schwerer Krise, und nicht zuletzt ist gerade die Unbeschränktheit der Gemeindezwecke die Ursache dieser Krise. Reich und Staat bürden den Kommunen stets neue Aufgaben auf, im Innern bietet der weite Umfang der Möglichkeiten, auf denen sich die Kommune versuchen darf, sozialistischen Mehrheiten die Gelegenheit zu allerhand meist mißglückten Wirtschaftsexperimenten, und andererseits, außer dem Reiche selbst, drücken die finanziellen Sorgen stärker als die Kommunen? Dazu und vor allem die sogenannte Erzberger'sche Reichsfinanzreform, die den deutschen Gemeinden die Freiheit ihrer Finanzgebarung auf das äußerste beschränkt hat und damit die Selbstverwaltung, vor allem in den Städten, schwer, fast möchte man sagen, beinahe tödlich verwundet hat.

Die ungemein weitgehende Demokratisierung der kommunalen Verfassung, das Schwinden der Autorität, das starke Einwirken politischer und wirtschaftlicher Organisationen auf die Maßnahmen der kommunalen Organe, die veränderte Auffassung des kommunalen Ehrenamts, das heute weniger als Pflicht denn als Gelegenheit zu politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme betrachtet wird, das alles läßt in die Zukunft deutscher Selbst- und Kommunalverwaltung trübe blicken.

Und dennoch! Die Deutsche Volkspartei will auch hier die Partei des Wiederaufbaus sein, wir lassen den Mut nicht sinken, wir verlieren das Vertrauen auf die sich im deutschen Volke regenden gesunden Kräfte nicht, sie werden die Gegenwart überwinden. Wir halten fest an den historisch gewordenen, in der glänzenden Entfaltung deutschen Gemeinwesens während des 19. Jahrhunderts bewährten Grundlagen, wie sie in der preussischen Städteordnung von 1808 zuerst begründet worden sind. Wir halten vor allem auch fest an dem Wesen der deutschen Gemeinde

als einer weit umfassenden Gemeinschaft ihrer Angehörigen, die sie wirtschaftlich und kulturell stützen und fördern soll; wir wissen aber, daß heute — in diesen wirren Zeiten des Überganges — viel vorsichtiger an die Lösung vieler Probleme kommunaler Tätigkeit herangegangen werden muß, als in der Zeit einer gefestigten Staatsautorität, andererseits wird die Deutsche Volkspartei auch auf dem Gebiet kommunaler Arbeit neuen aus den Bedürfnissen der Zeit geborenen Anforderungen immer verständnisvoll entgegenzukommen versuchen. Mit solchen Gedanken beginnen wir unsere kommunale Arbeit.

Namens des Kommunalpolitischen Ausschusses der Partei.
Der Vorsitzende:
gez. Regierungsrat Prof. Dr. Leidig, Mitglied des Preussischen Landtags.

Die Not in der Ostmark.

—1. Königsberg, 29. März.

Mit dem Versailler Friedens-Vertrag hat in Ostpreußen der Kampf begonnen, der Kampf um das Deutschium, der mit furchtbarer Erbitterung auf der einen und mit ungeheurer Fanatismus und unbefehlbarer List auf der anderen Seite hinter den Kulissen des politischen Geschehens geführt wird. Wir haben kürzlich in knapper Abhandlung auf die raue polnische Propaganda in Ostpreußen, besonders in Ermeland und Masurien, hingewiesen. In der kurzen Zeit, die inzwischen vergangen ist, hat Polen erneut nach Ostpreußens Lebensnerv gezielt und mit Erfolg. Es handelt sich, wie aus Blättermeldungen so genau bekannt, um die interalliierte (?) Entscheidung in der Weichselgrenzfrage, die Ostpreußen von der Weichsel scharf trennen will. Erstens ist es die empörende Vergewaltigung und rechtswidrige Abgrenzung der Provinz von der Weichsel nicht ohne Erfolg geblieben. Die Entscheidung ist verschoben, aber, und das möchten wir unterstreichen, nicht aufgehoben. Und darum ist es Pflicht, immer wieder auf die großen Gefahren hinzuweisen, die eine völlige Polonisierung des Weichselgaus in sich birgt, um das bisher erfreulich allgemein deutsche Interesse an dieser nicht nur für Ostpreußen, sondern auch für das Reich so lebenswichtigen Frage nicht einschlummern zu lassen, sondern auf Grund genauer Kenntnis der tatsächlichen wirtschaftlichen wie politischen Verhältnisse dieses Gebietes zu vertiefen und zu erweitern. Die kurze Frist, die uns die Entente gegeben hat, müssen wir nützen. Und nachgerade sollten wir doch Polen schon so weit kennen, um zu wissen, daß es nicht mehr von einem als Beute einmal in Aussicht gestellten Stück deutschen Landes seine begehrlichen Hände wird lassen können. Solange Polen besteht, gibt es für Deutschland eine polnische Gefahr. Gegenwärtig ist sie riesengroß. Die polnische Propaganda in Ostpreußen hat wohl gegenwärtig etwas zurücktreten müssen; denn nunmehr hat Polen sein ganzes Denken und Handeln ausschließlich auf die Weichselfrage eingestellt; erpart doch ihre Lösung in polnischem Sinne Polen manche Arbeit, die es im anderen Falle im südlichen Ostpreußen hätte tun müssen. Wie wir zu dieser Annahme kommen?

Die polnische Militärbesatzung, die schon seit mehreren Monaten in den jetzt Polen zugesprochenen Ostschiffen östlich der Weichsel und in dem Hafen von Kurzebrack sich aufhält, beweist, welchen Zwecken der neueste deutsche Landraub dienen soll. Die fünf Dörfer bilden nämlich den natürlichen Brückenkopf für den polnischen besetzten Platz Mewe, der als ein Außenposten der polnischen Weichselfestung Graudenz anzusehen ist. Durch diesen Brückenkopf ist ein polnisches Ausfalltor bis fünf Kilometer an Marienwerder herangeschoben. Ebenso verhält es sich mit dem Hafen von Kurzebrack, der durch seine Zuteilung an Polen sein Hinterland verliert und damit sinnlos wird. Er verbindet den Brückenkopf der großen Eisenbahnbrücke südwestlich von Marienwerder in einer Ausdehnung von nahezu 15 Kilometern

mit dem neugeschaffenen Brückenkopf Mewe. Mit Recht fragt sich die Bevölkerung von West- und Ostpreußen, wozu denn Polen dieses Ausfalltor sich schafft, zumal der berühmte General Jeligowski in Thorn sitzt.

Diese Mitteilung erweist wohl deutlich, warum Polen sich so angestrengt um diesen letzten deutschen Streifen des Weichselgaus bemüht. Pflicht aller Parteien und aller deutschen Organe ist es darum, alles daran zu setzen, die Polonisierung dieses Weichselgebietes zu verhindern. Denn hier geht es nicht nur um ein paar Quadratmeter deutscher Erde, es geht um Ostpreußens Existenz. Mag man die Entscheidung auch noch so lange hinausschieben, wird sie aktuell, muß ganz Deutschland einmütig die berechtigten Proteste des gefährdeten Gebietes und ganz Ostpreußens kräftig unterstützen. Seien wir wenigstens darin einig: Den Polen nicht das kleinste Stück deutscher Erde!

Die Revision des Versailler Vertrags.

Die weltgeschichtliche Ironie der Schuldfrage.

Von Dr. Herbert Stegemann.

Die tiefe philosophische Idee Hegels von der Dialektik der Begriffe und von dem Umschlagen der Idee in ihr Gegenteil findet ihr praktisches Gegenstück in der Welt der Tatsächlichkeiten, in der es nicht selten vorkommt, daß Ideen und Schlagworte sich gegen ihre eigenen Urheber wenden und daß, populär gesprochen, der Verbrecher in die Grube fällt, die er andern gegraben hat. Gerade so geht es, wie es scheint, jetzt eben der Entente, die es während des Krieges bekanntlich vortrefflich verstanden hat, ihre militärische Unzulänglichkeit durch Ideenpropaganda und durch geschickte Handhabung psychologisch ausgezeichnet erfundener Schlagworte auszugleichen. Zu den bekanntesten der Schlagworte gehörte das vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das in Wirklichkeit natürlich nicht etwa als eine moralische Idee, sondern lediglich als ein Mittel zur Aufteilung des Landbesitzes der Mittelmächte gedacht war und nach der englischen Maxime, Jesus zu sagen, wo man Raubtun meinte, die nackten Raubabsichten der Entente mit einem ansprechenden moralischen Mantelchen umhüllte. Im Versailler Frieden wurde mit einer aus Groteske streifenden Heuchelei im Namen des Selbstbestimmungsrechtes Deutschland zerstückelt und verstümmelt und sogar die deutschen Kolonien Deutschland geraubt, einem angeblichen Selbstbestimmungsrecht der Neger zuliebe. Heute muß nun die Entente erleben, daß der Polch, der sich zur Vernichtung Deutschlands als recht zweckmäßig erwies, sich gegen sie selber kehrt und daß sie die Geister, die sie rief, nicht los wird. Ägypten, Irland usw. sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache, und zum Überflus melden sich auch noch die Neger, wie das in dem großen Roman „Babala“ des Nigers Maran in besonders charakteristischer Weise hervortritt.

Neben dem Selbstbestimmungsrecht ist es vor allen Dingen das Schlagwort von der deutschen Allerschuld am Kriege gewesen, das der Entente bereits während des Krieges unschätzbare Dienste geleistet und die gesamte Weltmeinung infolge skrupelloser und geschickter Propaganda der Entente gegen Deutschland aufgebracht hat. Nach dem Niederbruch Deutschlands erkannten die führenden Staatsmänner der Entente mit dem ihnen eigentümlichen Scharfblick, daß man auch jetzt noch den beabsichtigten Raub an Deutschland irgendwie moralisch vor den Augen der Welt rechtfertigen und zu diesem Zwecke das

wehrlose Deutschland zur Anerkennung seiner eigenen Schuld am Kriege zwingen müsse. Damit wurde zugleich der höchst wünschenswerte Zweck erreicht, Deutschland dauernd in den Augen aller anderen Nationen zu einer Verbrechensnation zu stempeln und die Deutschen im Zustande schlechten Gewissens und einer die Ausbeutung erleichternden slavischen Abhängigkeit zu halten. So entstand der berühmte Artikel 231 des Versailler Vertrages, der schließlich unter dem Druck der feindlichen Bajonette unterschrieben wurde. Seitdem hat die Aufklärung gerade in der Schuldfrage überaus bemerkenswerte und für die Entente recht fatale Fortschritte gemacht. Nicht nur von deutscher Seite, sondern noch mehr aus dem Kreise der Neutralen, ja aus den Ländern der Entente selbst mehrten sich Tag für Tag die Enthüllungen über die planmäßige Kriegsvorbereitung der verantwortlichen EntenteStaatsmänner in bedrohlicher Weise, so daß es der ganzen, sagen wir, Unerfrohenheit der Ententeregierungen bedarf, um die Schuldfrage auch heute noch aufrecht zu erhalten. Aus dem deutschen Gefühl heraus, daß ihnen der Boden unter den Füßen wandt, werden denn auch die Staatsmänner der Entente nicht müde zu erklären, die Schuldfrage sei ein für allemal eine cause jugée (erledigte Rechtsache), über die jede weitere Diskussion ausgeschlossen sei, und geradezu komisch berührt der feierliche Eifer, mit dem vor jeder der auf Versailles folgenden und durch die Zerrüttung der Weltwirtschaft unvermeidlich gewordenen Konferenzen von Seiten der Entente ausdrücklich bestimmt wird, über die Schuldfrage dürfe unter keinen Umständen gesprochen werden.

Nicht ohne Genugtuung sieht nun bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht nur der Deutsche, sondern jeder einzelne Kopf, der noch Verständnis für weltgeschichtliche Ironie hat, wie die von der Entente mit soviel moralischem Pathos aufgeworfene Schuldfrage sich gegen die Entente selbst wendet. Die Frage der Kriegsschuld, die an sich schon aus dem Grunde ein logischer Unsinn ist, weil es einen internationalen Staatenbund bisher nicht gegeben hat und es daher jedem einzelnen Staate freistehen muß, seine Politik auch mit den Mitteln des Krieges fortzusetzen, ist von deutscher Seite bekanntlich niemals aufgeworfen worden, eben weil Deutschland ein gutes Gewissen hatte und genau wußte, daß es ein friedliches und politisch wie wirtschaftlich gesättigtes Volk war, während die Kriegsziele der Ententemächte durchaus aggressiver Natur und nur durch die in Versailles auch tatsächlich erreichte Zerschmetterung des deutschen Volkes und Reiches zu verwirklichen waren. Die leitenden Staatsmänner der Entente waren sich darüber, wie das die zahllosen inzwischen bekanntgewordenen Enthüllungen in der Frage der Kriegsschuld beweisen, auch vollständig im klaren, und sahen sich eben deswegen vor die Notwendigkeit gestellt, eine schlagkräftige Formel zur Aufspaltung ihrer Völker und zur Rechtfertigung ihres Handelns vor der öffentlichen Meinung der Welt zu finden. Dazu bot sich ohne weiteres die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege dar, deren propagandamäßige Durchsetzung durch mancherlei taktische Ungeschicklichkeiten der ehemaligen deutschen Regierung noch wesentlich erleichtert wurde. Besonders die Engländer waren ja bekanntlich von jeher Spezialisten in der Anwendung einer hart moralisch gefärbten Propaganda, wie sie es seinerzeit ja sogar verstanden haben, den Büren die Schuld am Kriege anzuschreiben und ihre skandalösen Greuelthaten an den wehrlosen Frauen und Kindern derselben mit hinreichenden Bibelzitierten zu verjüngen und zu begründen. Es läßt sich denken, mit welchem Pathos England, das durch die steigende Entwicklung Deutschlands sein heiligstes Gut, nämlich sein Portemonnaie, bedroht sah, nunmehr in die moralische Posaune stieß und die Lüge von der deutschen Schuld der ganzen Welt verkündete. Die Franzosen, die gleichfalls über eine nicht zu unterschätzende propagandistische Erfahrung verfügten, brachten noch allerhand neue und ansprechende Abtönungen und Ba-

stationen in dies Thema hinein, und bei dem ausgezeichneten Kabeleinstrom und den unbegrenzten Geldmitteln der Entente waren bald sogar die Neutralen teilweise von der deutschen Kriegsschuld überzeugt.

Nun muß die Entente es erleben, daß sich auch diese von ihr geschmißene Waffe gegen sie selbst kehrt und daß sie, die Deutschland moralisch zu denutzieren suchte, nunmehr selbst als mit der Schuld am Kriege beladen dasteht. Das ist eine moralische Niederlage und eine weltgeschichtliche Ironie, der man mit Bajonetten und schwarzen Truppen nur sehr wenig beikommen wird.

Das Schuldbekenntnis.

Seit einiger Zeit wird vor dem Schöffengericht in München ein Beleidigungsprozeß geführt, der sich um die bekannten Eisnerschen Fälschungen dreht. Die letzten Tage haben dabei bemerkenswerte Aufstellungen gebracht, die selbst den Privatsekretär Eisners, den als Ankläger auftretenden Herrn Jechenbach, zu der Erklärung veranlaßten, er sei fest überzeugt, wenn Eisner damals bei Veröffentlichung der verstümmelten und veränderten diplomatischen Berichte aus Berlin den vollen Umfang des heute bekannten Materials gewußt hätte, so würde er seine Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege nicht mehr aufrecht erhalten. Von besonderer Wichtigkeit für die Verhandlung waren die Aussagen des Generals Graf Montgelas, der im letzten Stadium des Krieges und unmittelbar nach der Revolution, zum Teil gerade auf Grund der Eisnerschen Veröffentlichungen, ebenfalls eine sehr ungünstige Auffassung über die Mitschuld der deutschen Regierung am Kriegsausbruch sich gebildet hatte, nunmehr aber an Hand des gesamten Materials seine Ansicht gründlich gewandelt hat. Es ist nicht uninteressant und spricht ganz besonders für die moralische Unschuld der deutschen Reichsregierung vom Jahre 1914, daß gerade dieser Mann, der stark voreingenommen und deshalb von der Revolutionsregierung mit Prüfung, Sichtung und Veröffentlichung der politischen Aktenstücke beauftragt worden war, die Hoffnung seiner Auftraggeber, Deutschland weiter in den Augen der Welt herabzusetzen, grausam enttäuscht hat und enttäuscht wurde, weil er als ehrlicher Mann nicht gegen seine Überzeugung handeln konnte. Gerade die Verhandlungen in München haben es wieder einmal vor aller Welt klar gestellt, daß die uns im Friedensvertrag von Versailles abgepreßte Anerkennung der Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch eine Riesensünde ist. Es ist auch weiter von weltlichem Interesse, daß ein Deutsch-Amerikaner, der Ingenieur Röggerath, in München aus sagte, nur die gewissenlose Ausnutzung der Legende von Deutschlands Schuld am Ausbruch des Weltkrieges hätte es vermocht, die Volkstimmung in Amerika so zu beeinflussen, daß schließlich der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ermöglicht wurde.

Eine besonders traurige Rolle in der Angelegenheit, die jetzt in München verhandelt wird, hat der sattem bekannte Professor Friedrich Wilhelm Förster gespielt, den Eisner Ende 1918 zum Bayerischen Gesandten in der Schweiz ernannt hatte. Sein Einfluß auf Eisner und seine Verbindung mit Clemenceau auf dem Umweg über den amerikanischen Professor Herzog sind zu bekannt, als daß irgendwelche Verleumdungsversuche Herrn Försters jetzt noch

daran etwas ändern könnten. In einer Zuschrift an die Vossische Zeitung bestreitet er, die Eisnersche Fälschung direkt veranlaßt zu haben; er habe vielmehr die Eisnerschen Veröffentlichungen erst durch die Zeitung erfahren und er habe ein bayerisches Sondervorgehen nicht empfohlen. Das mag wörtlich zutreffen, sachlich aber kaum Försters Berichte über seine Unterredungen mit Herron und dessen Äußerungen über die Möglichkeit, Clemenceau zu beeinflussen, haben ohne jeden Zweifel den Bayerischen Revolutionsminister Kurt Eisner zu der Überzeugung gebracht, ein rückhaltloses Eingeständnis Deutschlands von dessen überragender moralischer Schuld am Kriege würde die in Paris versammelten Gewalthaber der feindlichen Mächte milde und versöhnlich stimmen. Das ist der Grund für die jetzt abermals klar erwiesenen unverzeihlichen Fälschungen Eisners, die Clemenceau die willkommenen Waffe lieferten, um Lloyd George und Wilson von der schweren Schuld Deutschlands zu überzeugen und zu einer Behandlung Deutschlands zu überreden, die sonst nicht erfolgt wäre. Wir werden noch lange und schwer an den Folgen dieser ungeheuerlichen Tat eines überspannten und verantwortungslosen Dilettanten in der Politik zu tragen haben.

Worte aus der Verbannung.

Im Laufe dieses Monats erscheint im Cotta'schen Verlag ein Buch, das bestimmt ist, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufsehen zu erregen: Die Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Als Grundlage dienen die Tagebuch-Aufzeichnungen, die der Kronprinz in den vielen Stunden erzwungener Muße im einsamen Wieringen durchgearbeitet, teilweise auch wörtlich übernommen hat. Es stellen sich noch einmal die erst so schönen und stolzen, dann zuletzt erschütternden und beschämenden Bilder aus dem Weltkrieg mit seinem furchtbaren Ausgang vor uns ab, geschildert von dem Mann, der als Erbe des Kaiserthrons an der Spitze einer Armee in den Krieg zog, sich unvergängliche Lorbeeren als Heerführer erwarb und nun schon seit 3½ Jahren, fern von der Heimat, getrennt von Weib und Kindern, in dürftiger Umgebung, auf einsamer Insel fast abgeschlossen von der Welt, Zeit gehabt hat, reiflich nachzudenken über Vergangenheit und Zukunft. Weil sich die Wesensart des Verbannten in seinem Schlußwort am besten offenbart, lassen wir hier mit Erlaubnis des Verlags folgen, was er seinen Volksgenossen zuruft:

„Ich möchte die deutschen Menschen, die mir auf dem Wege meiner Schilderungen folgten, nicht von mir lassen, ohne ihnen die Wünsche mitzugeben, die mir für sie, für uns alle, für unser heiliges Vaterland, das uns geboren hat und in dem wir wurzeln — mag sein Erdreich nun blühen oder mag es dorren — auf dem Herzen liegen.“

Was uns in unserem tiefen Drud und Glend vor allem nottut, damit wir uns wieder zur alten Höhe erheben mögen, ist innige Einigkeit auf dem Boden einer opferwilligen Liebe zum Vaterlande: Nationalbewußtsein — nationale Würde.

Weg mit den verheßenden Schlagworten, die allen inneren Zwist verewigen und nicht zur Ruhe kommen lassen. Nicht das kann unser Ziel sein, einander immer wieder vorzuwerfen, wer nach der Meinung des anderen den Topf zerbrochen hat — einen neuen brauchen wir statt der Scherben! Und irgendwie waren wir Sünder allzumal.

Möge sich jeder, der heute berufen wird, des deutschen Volkes Schicksal an führender Stelle mitzuleiten, der ganzen Schwere seiner Pflichten bewußt sein! Möge das so oft mißbrauchte und mißbrauchte Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ endlich Wahrheit werden! Nur die Besten gehören an das Steuer! Die erprobtesten Fachkänner, die Tüchtigsten und Härtesten hervor: nicht darum, ob sie von rechts oder von links kommen, ob sie

„Vergangenheiten“ haben oder nicht, ob sie Republikaner sind oder Monarchisten, Unternehmer oder Arbeiter, Christen oder Juden, geht die Frage, sondern nur darum, ob sie als ehrliche deutsch fühlende Männer gewillt sind, mit allem ihrem Können als geschlossene Kraft am Aufbaue zu wirken: einig nach innen — stark nach außen!

Gefesselt durch die unserer Ohnmacht aufgezungenen Ketten des unerfüllbaren, verbrecherischen Drosselungsvertrages von Versailles liegt Deutschland seit drei Jahren hilflos darnieder. Hilflos, weil es in innerem Hader seine Kraft verzettelt, weil große Teile unseres Volkes noch immer den Rattenfänger melodien jener Schwärmer oder Schwindler lauschen, die ihnen das Lied von der großen Weltbrüderschaft im Paradies des Internationalismus vorsingen! Wie lange schon? Wie lange noch?! Macht eure Augen auf und seht um euch: ein einziges Beispiel dafür, daß nur der in Geltung ist, der auf sich hält, daß nirgends eine Bruderhand euch finden will, ist diese Welt ringsum. Seid Deutsche vor allem — und dann noch einmal! Bleibt auf dem harten Boden dieser reichlich realpolitisch aufgelegenen Erde und hebt euch die Romantik für bessere Zeiten auf, in denen ihr Kult weniger verhängnisvoll für das Ganze ist.

Glaubt mir: ein deutsches Volk, das sein Parteigezänk begräbt, das sich von dem öden Materialismus dieser letzten Jahre befreit und das, einig in der Liebe zu unserem arm gewordenen und doch so herrlich schönen Vaterlande, mit dem unbeugsam entschlossenen Willen, die Ketten von sich zu streifen, um seine Freiheit ringt — ein solches deutsches Volk kann seine Fesseln brechen!

Aber Härte müßt ihr zeigen, und mit jener Inbrunst müßt ihr ringen, die nur die eine flammende Sehnsucht kennt: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!

Nicht zur Revanche rufe ich und nicht zu Waffen und Gewalt.

Den deutschen Geist rufe ich auf, den laßt erstarren: denn der Geist schafft die Tat und das Schicksal und sinnlos ist das Werkzeug ohne ihn. — Vielleicht, daß dieser Satz der Schlüssel ist zu jenem Schicksal, durch das wir seit einem Menschenalter gingen — und zu dem anderen, in das wir, wenn wir unsere besten Kräfte hart zusammenfassen, als Überwinder aller Gegner schreiten werden.“

Was haben wir schon geliefert?

Auf Grund unseres Bekenntnisses zur Allerschuld am Kriege (§ 231 des Schandvertrages) haben wir geliefert:

890 000 Rinder, darunter 640 000 Milchkühe, 150 000 erstklassige Pferde, 900 000 Schafe, 15 000 fette Schweine, 1 750 000 Stück Geflügel und 100 000 Bienenstöcke. Ferner:

5000 Lokomotiven an Frankreich, Belgien und Polen, 2900 Lokomotiven für die „abgetretenen“ Gebiete und 228 000 Eisenbahnwagen, und dazu kommen noch die Lokomotiven und Wagen, die wir für die verlorenen Teile von Oberschlesien an Polen abzuliefern haben.

Weiter: Ein Fünftel unserer ganzen Binnen-schiffahrtsflotte. Von der Handelsflotte alle Schiffe über 1600 Tonnen, also alle großen Überseedampfer, die Hälfte aller Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Dazu muß Deutschland von allen Schiffen, die es zukünftig baut, 200 000 Tonnen Schiffsraum abliefern. Sodann haben wir geliefert 400 000 Tonnen Schwimmböcke, Schwimmkräne, Schlepper, Bagger usw. Wir liefern weiter jährlich 35 000 Tonnen Benzol, 50 000 Tonnen Kohlentee und 30 000 Tonnen Ammoniumsulfat für die Dauer von 3 Jahren. Außerdem haben wir geliefert die Hälfte aller beim Vertragsschluß vorhanden gewesenen chemischen Erzeugnisse und Farbstoffe, und wir müssen bis zum Jahre 1925 ein Viertel unserer gesamten chemischen Erzeugung abführen.

Endlich haben wir ausgeliefert unsere gesamte Luftflotte, das ganze militärische und maritime Flugzeugmaterial.

Die deutschen Auslandsguthaben im Betrage von 25 Milliarden Goldmark wurden beschlagnahmt.

Erst nachdem alles geliefert und genommen war, wurde im Londoner Diktat die Hauptrechnung festgesetzt, nämlich 132 Milliarden Goldmark, die wir in 40 Jahren samt Zinsen bezahlen müssen.

Aber das ist nur die vorläufige Festsetzung. Nach dem Versailler Vertrag sollte am 1. Mai 1921 die Gesamtsumme unserer Zahlungsverpflichtung aufgestellt werden. Das ist nicht geschehen, und wenn es den Feinden einfällt, können sie uns mit der Gesamtsumme, wenn sie einmal genannt wird, eine schöne Überraschung bereiten.

Einstweilen bezahlen wir alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark, das sind 1 Milliarde 395 Millionen Papiermark.

Und das alles nur, weil wir mit unserer erpreksten Unterschrift die Schuld am Kriege auf uns genommen haben.

Wie lange soll die Schuldlüge noch bestehen?

Sozialdemokraten und allgemeiner Volkstrauertag.

Eins der betäubendsten Zeichen unserer Zeit ist die Verständnislosigkeit, mit der weite Kreise des Volkes der nationalen Schmach, der wir anheim gefallen sind, gegenüberstehen. Einen neuen Beweis dafür liefert eine Mitteilung, die auf dem Bundestag deutscher Kriegergräberfürsorge in Leipzig gemacht worden ist. Danach sind die Vorbereitungen für die Einführung eines allgemeinen Volkstrauertages soweit gediehen, daß man mit einer Verwirklichung des Gedankens glaubt rechnen zu können. Mit einem solchen Gedanktag wäre ein unbedingt notwendiges Gegengewicht gegenüber den vielen Entartungserscheinungen unserer Zeit geschaffen. Es müßte ein allgemeiner Tag der Trauer über unsere Kriegstoten und die schweren Verluste sein, die unser Volkstum durch den Raub deutschen Landes erlitten hat. Aber schon meldet sich der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Reichsbund deutscher Kriegsbeschädigter mit den Bedenken, ein solcher Tag könne zu nationalistischen Kundgebungen benutzt werden. Das steht auf derselben Höhe, wie die sozialistische Aufregung über die Ausstellung des Friedensvertrages. Diese Kreise halten alles für nationalistisch, was auch nur im entferntesten dem nationalen Gedanken dient.

Tarifierhöhung.

Die Handelskammer zu Essen als geschäftsführende Stelle der Vereinigung von Handelskammern des rheinisch-westfälischen und südwestfälischen Industriebezirks hat wegen der sprunghaften Erhöhung der deutschen Gütertarife folgende Eingabe an den Reichsverkehrsminister gerichtet:

„Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen und südwestfälischen Handelskammern hat in ihrer letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt, den wir hiermit mit der Bitte um Kenntnisnahme vorzulegen uns gestatten.

Am 1. April ist die 3. Erhöhung der Güter- und Tiertarife seit dem 1. Februar in Kraft getreten. Die in so kurzen Zwischenräumen erfolgte Erhöhung der Tarife hat die am Güterverkehr interessierten Kreise stark beunruhigt, zumal die beabsichtigte Erhöhung stets erst kurz vor der Einführung bekannt gegeben wurde. Durch die kurzfristige Erhöhung der Tarife werden nicht nur die Preisberechnungen der für

längere Zeit laufenden Lieferungsverträge zu nichte, durch sie wird vor allem, wenn sie sich in kurzen Zwischenräumen wiederholen, die ohnehin durch die derzeitigen Preisschwankungen äußerst schwierig gewordene Kalkulation um ein Wesentliches erschwert, zumal die Wirtschaftskreise befürchten müssen, daß auch weiterhin die das Wirtschaftsleben bereits schwer belastenden Tarife ohne Anhörung des vorläufigen Reichseisenbahnrats erhöht werden. Von den Reichsbehörden muß erwartet werden, daß sie alle Maßnahmen vermeiden, die eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens herbeiführen geeignet sind, d. h. für Tarifierhöhungen, daß sie erst nach Anhörung der zuständigen Vertretungen der Wirtschaftskreise und nach Ablauf einer angemessenen Frist von ihrer Bekanntgabe ab in Wirksamkeit treten.

Wir dürfen ergebenst bitten, daß bei weiteren Tarifierhöhungen auf die berechtigten Wünsche der Wirtschaftskreise Deutschlands gebührend Rücksicht genommen wird.“

Zur Kohlenpreiserhöhung.

Von Dr. Fr. A. Pinterneil, Mitglied des Preuß. Landtages.

Eine Kohlenpreiserhöhung ist für die Volkswirtschaft immer schwer zu tragen. Kohle ist der Urrohstoff, und dessen gelbliche Bewertung bestimmt den gesamten Markt. Das Herausheben des Kohlenpreises in dem Ausmaß der letzten Erhöhung (von 130,80 M auf 194,30 M einschließlich Steuern für westfälische Förderkohle) muß zu sehr ernsten Bedenken Anlaß geben, einmal wegen der Höhe der Mehrforderung, zum andern wegen des Zeitpunktes, an dem die Preise in Kraft treten, in den Tagen des allgemeinen Volksempfindens. Es ist eine Frage, die vor allen anderen, die uns die Preiserhöhung stellt, zu untersuchen ist und an deren Beantwortung das ganze Volk ein Interesse und ein Recht hat: Hätte die Preiserhöhung der Kohle nicht vermieden werden können, wenigstens nicht in dieser Höhe?

Grund und Ursache lagen in den Lohnforderungen der Arbeiter. Die Bergarbeiterverbände verlangten mit eiserner Festigkeit eine Lohnerhöhung zum 15. April mit der Begründung, daß die Märzlöhne bei der stets fortschreitenden Teuerung zum Lebensunterhalt nicht mehr ausreichten. Es hat heute keinen Sinn mehr, Beweise dafür mit Indizes anzutreten. Die Tatsache stand fest, daß in anderen Industriezweigen die Löhne höher als im Bergbau waren, zumal im Baugewerbe, der chemischen und der Eisenindustrie. Der Bergmann aber hat einen Anspruch darauf, zu den Arbeitergruppen zu gehören, die am höchsten bezahlt werden. So forderten die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 50 Mark, dazu eine Erhöhung des Soziallohns (Hausstandsgeld und Kindergeld). Ob die anderen Industriezweige recht daran getan haben, Schrittmacher für die Forderungen der Bergarbeiter zu sein, ist ein zum Teil sehr müßiger Streit. Welche Lohnhöhe ist bei dieser Preisentwicklung hinreichend? Man kann, ohne Arbeiterfeind zu sein, die Löhne im Baugewerbe für zu hoch halten; es ist manche Kritik an der Bewilligungsfreudigkeit einzelner Industriegruppen zu üben, besonders, wenn man es miterlebt, wie um die Mark gefeilscht wird, die man dem Beamten zulegen will. Aber es ist nicht angängig, den Schwerarbeitenden und von Gefahren stets umgebenen Bergmann schlechter zu stellen als den Bauhandwerker und den Hüttenarbeiter. So fällt die Verantwortung für die Löhne der Bergarbeiter auf andere Industrien. Das steht zunächst fest: Die Forderung einer Lohnerhöhung der Bergarbeiter konnte angesichts der wachsenden Teuerung und angesichts des Lohnstandes anderer Industriezweige nicht als unberechtigt angesehen werden. Verhandlungen über die Höhe des Zuschlages kamen zu keinem Ergebnis. Die Verantwortung, im Interesse des Ganzen keinen Pfennig mehr als nötig zu bewilligen, lastete auf allen. So entschied

ein Schiedsgericht, das für die westfälischen Bergarbeiter einen Lohnzuschlag von 40 Mark festsetzte. Das gab die Richtschnur für die Lohnerhöhung der anderen Reviere. Daß die gesamten Verbände nachträglich den Schiedsspruch annahmen, zeigt, daß Besonnenheit sich mit Befriedigung gepaart hat.

War die Lohnerhöhung nicht ohne Kohlenpreiserhöhung durchzuführen? Über die Höhe des Kohlenpreises entscheidet nach Vorentscheid durch die Organe der Kohlenverwaltung (Reichskohlenrat und Reichskohlenverband) die Reichsregierung. Produzenten, Verbraucher, Arbeiter- und Angestelltenvertreter entscheiden mit der Regierung. Und diese Körperschaften waren mit allen gegen einen Vertreter davon überzeugt, daß die Kohlenpreiserhöhung die Lohnerhöhung ausgleichen müsse. Es wurde errechnet, daß bei der festgestellten Durchschnittsleistung des Bergmanns (zuzüglich ein Prozentsatz für Erhöhung der Angestelltengehälter) und bei Berechnung eines Faktors für die Verteuerung der Materialien, mit denen der Bergbau betrieben wird, eine Erhöhung von 130,80 Mark für Zettelförderkohle notwendig sei. Kein Pfennig wurde den Unternehmern für Gewinn oder Abschreibungen bewilligt und auch von ihnen nicht gefordert. Die Bergwerksbesitzer haben aus der letzten Kohlenpreiserhöhung keinen Vorteil.

Das weiß auch die Presse, die gewohnheitsmäßig den „Kohlenbaronen“ die Schuld für Preisausschläge zuschiebt. Der Bergbau ist ein Unternehmen, das wie jedes andere auf Ertrag angewiesen ist. Jeder Unternehmer kann Gewinne, jeder Geldgeber Zinsen verlangen. Von ungewöhnlich hohen Gewinnen im Bergbau zu sprechen, ist Behauptung wider besonderes Wissen. Als die Kohle 12 Mark kostete, wurde an der Tonne 1 Mark verdient, heute, wo der Konsument 900 Mark bezahlt, erhält der Unternehmer 2 bis 3 Mark als Gewinn. Das Einkommen des Bergarbeiters ist fast um das 30fache gestiegen, der Gewinn um das Doppelte bis Dreifache. Keine Industrie ist so kontrolliert wie die Bergwerksindustrie, und eine Industrie der Zwangswirtschaft kann nicht „riesenhafte“ Gewinne machen. Wenn Arbeiter- und Konsumentenvertreter auch einsehen, daß man um diese Kohlenpreiserhöhung nicht herumkommt, eine angesehene Berliner Zeitung leistete sich die tatsächlich ernsthafte Bemerkung, daß der Kohlenbergbau im Interesse der Volkswirtschaft eben das Opfer hätte bringen müssen, die Lohnerhöhung ohne Preiserhöhung zu tragen.

Wenn der rheinisch-westfälische Bergbau für 25 Arbeitstage die Lohnerhöhung hätte tragen sollen, hätte er in einem Monat mit über eine halbe Milliarde Mehr an Lohn und weit über eine viertel Milliarde mehr an Materialunkosten zahlen müssen. Woher soll er das Geld nehmen? Solch hohe „Rücklagen“ sind nicht vorhanden oder können nicht flüssig gemacht werden. Die Aufnahme eines Kredites in dieser Höhe wäre für manche Werke nicht nur unmöglich, sondern auch im allgemeinen mit enormen Kosten verknüpft gewesen — und der Kredit, auf den die Bergwerke im besonderen Maße angewiesen sind, wenn sie ihren Ausbau vornehmen wollen, wäre verschwunden. Die Luft, Geld in Bergwerkswerten anzulegen, ist angesichts der geringen Verzinsung dieser Werte, die in Zukunft noch geringer werden wird, sehr mäßig. Schädigt man die Werke durch kurzfristige Kohlenpreispolitik noch mehr, sind die Befürchtungen berechtigt, daß in Zukunft eine Kapitalaufnahme durch den Bergbau, die, das kann nicht genug betont werden, dringend notwendig ist, um Ausbau und Erweiterung vorzunehmen, unmöglich gemacht wird. Mit dem für einen Monat empfohlenen Experiment hätte der Bergbau seine Anteilsbesitzer um die Ausbeute eines ganzen Jahres gebracht und eine Reihe von Unternehmungen hätte fallieren müssen. Der Bergbau hat kein Recht, seine Geldgeber, und das sind in Westfalen zumal sehr oft „kleine Besitzer“, um ihre Zinsen zu bringen.

Mit vollem Recht weist man darauf hin, daß eine Erleichterung unserer Kohlennot an die Voraussetzung einer guten Instandhaltung un-

serer Werke, ihre technische Vervollkommenung gebunden ist. Also muß man, wie jedem anderen Unternehmen, dem Bergbau die Mittel lassen, die zur Erhaltung der Werke dienen. Es wird immer in der Öffentlichkeit darüber gefaselt, daß der Bergbau aus dem Kohlenpreis Geld für Neuunternehmungen ziehen wolle. Das widerspricht den Tatsachen. Der Bergbau muß und will für neue Unternehmungen den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen; er kann es aber nur dann, wenn man ihn nicht verarmen und verkommen läßt, wenn man ihn kreditwürdig erhält.

Der deutsche Bergbau ist das höchste Realgut unserer Volkswirtschaft. Es zu erhalten ist Pflicht der Allgemeinheit. Mit Recht fordern wir von den Verwaltern des Bergbaues den Beweis für die Behauptung, daß das System der Privatwirtschaft das beste, das gesunde ist; sie sollen zeigen, daß der nichtsozialisierte Bergbau der Gemeinschaft dadurch dient, daß er ihr seine Produkte so reichlich, so gut und so billig wie nötig und wie möglich darbietet. Aber die Führer unseres Bergbaues können die in sie gesetzten Erwartungen nur erfüllen, wenn die Arbeiterschaft Lohn und Leistung in Einklang bringt und wenn die Kohlenzwangswirtschaft auch dem Bergbau sein täglich Brot gibt.

„Den Finger drauf.“

Unsere Reparationslasten im Jahre 1922.

Ein paar Zahlen, die man sich merken soll.

Nach dem Salustande vom 1. Januar 1922 war jeder Neugeborene im Deutschen Reiche mit 215 000 Papiermark an Kriegsschuldungen belastet.

In Ausführung des Friedensvertrages sind im laufenden Jahre zu zahlen 188 Milliarden.

Das ist mehr als das Doppelte der gesamten Verwaltungskosten des Reiches, die nach dem Etat zusammen 85,7 Milliarden erfordern.

Die allgemeinen Verwaltungskosten betragen	9,5 Milliarden
der Zuschuß zur Befoldungserhöhung in den Gemeinden erfordert	2,0 „
für Wirtschaft und kulturelle Ausgaben	2,3 „
für Soziallasten	7,1 „
für die Polizei	1,9 „
für Heer und Marine (nur!)	4,7 „
Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen	9,2 „
Berzinsung der Reichsschulden	29,8 „
Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen	11,2 „

Diese 85,7 Milliarden Verwaltungskosten bringt das Reich durch Steuern usw. auf. Die 188 Milliarden für den Feind müssen fast vollständig (171 Milliarden) durch Anleihe aufgebracht werden.

Die Ungeheuerlichkeit der Reparationslasten und die Unmöglichkeit der Erfüllung kann nicht nachdrücklicher bewiesen werden, als es durch diese Zahlen geschieht.

*

Sozialistische Denunzianten.

Jede Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit des deutschen Heeres fällt den pazifistisch angehauchten Sozialisten aller Schattierungen auf die Nerven. Die Leute, die früher in ihrem Programm „Erziehung des Volkes zur Beharrlichkeit“ forderten, sind heute entristet, wenn irgendwo frühere Frontsoldaten sich zur Pflege kameradschaftlicher Gesinnung zusammen-tun. Unlänglich des Potsdamer „Artillerietages“, an dem Angehörige ehemaliger Gardeartillerieregimenter zur Besprechung der Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Kameraden zusammentreten wollen, tobt die gesamte Linkspresse über „reaktionäre, monarchistische Kundgebungen“ und ruft die Potsdamer Arbeiterschaft zu Gegendemonstrationen auf. Dieser Vorgang ist in mehrfacher Hinsicht recht bedenklich.

Erstens zeigt er wieder einmal, daß die Sozialisten die Vereinigungs- oder wie sie so schön sagen — die Koalitionsfreiheit wohl für sich in Anspruch nehmen, daß sie aber Andersgesinnten das Recht der freien Vereinigung absprechen. Demonstrationsumzüge und Demonstrationstreiks der sozialistischen Parteien sind zu ständigen Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens geworden; den Anhängern der sogenannten bürgerlichen Parteien aber will man sogar das Recht zu niemanden Hörenden Zusammenkünften verwehren.

Ferner zeigt sich in der Art der Kritik an der Potsdamer kameradschaftlichen Veranstaltung die ganze politische Verantwortungslosigkeit, die so viele sozialistische Kundgebungen auszeichnet. Um die Potsdamer Zusammenkunft zu diskreditieren, entbindet man sich nicht, es so darzustellen, als ob es sich um Zusammenkünfte handle, die mit dem Versailler Friedensdiktat in Widerspruch ständen. Die rote Fahne spricht sogar von militärischen „Kontrollversammlungen!“ Das heißt, unseren Feinden direkt in die Hände arbeiten, das heißt, aus Parteiverblödung Vaterlandsverrat treiben! Es

ist an sich schon bedauerlich, wenn große deutsche Parteien kein Verständnis dafür aufbringen können, daß Männer, die in schwerer Zeit ihr Leben für das Vaterland einsetzten, den kameradschaftlichen Zusammenhalt auch über den Krieg hinaus aufrecht erhalten wollen. Zum Verbrechen aber wird dieser Mangel an nationalem Sinn, wenn er sich in der Form der Denunziation an unsere Feinde äußert.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist der Aufruf zu Gegendemonstrationen ferner dazu angetan, Zusammenstöße zwischen den Teilnehmern am Artillerietage und Demonstranten hervorzurufen. Es ist geradezu ein Spiel mit dem Feuer, wenn die Sozialisten Gegendemonstrationen veranstalten, denn daß die Massen nicht mehr in der Hand ihrer Führer sind, hat sich mehr als einmal gezeigt. So charakterisiert sich die sozialistisch-kommunistische Hege gegen den Potsdamer Artillerietag als hochverräterische Angeberei an die Feinde und verantwortungsloses Aufspiessen von Menschenleben; zugleich aber offenbart es, was die Sozialisten unter Koalitionsfreiheit verstehen, es ist das: die Vereinigungsfreiheit für rote Parteimitglieder.



Siegen-Süd. Donnerstag, den 4. Mai, fand im Langenbachschen Saale eine Mitglieder-versammlung statt, die leider nicht so besucht war, wie man gewünscht hätte. Herr Klingspor sprach über „Die Konferenz in Genua und die Kriegsschuldfrage“ und Herr Nitsche zeigte im Lichtbild: „Was wir verloren haben“. Einen ausführlichen Bericht bringen wir in der nächsten Nummer.

Tagungen:

1. Kommunalpolitische Tagung in Dortmund, den 14. Mai;
2. Frauentagung in Dortmund, den 20. und 21. Mai.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich B. Nitsche. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Bortländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße

unterhalten das größte Lager in

Herren- u. Knabenbekleidung

Lieferant feiner Maßbekleidung.

Justus Stahlenschmidt & Co.

G.m.b.H.

Kreuztal, Kreis Siegen.

Lochanstalt.

Kessel- und Apparatebau

Blechschweißerei.

Wäschehaus Franz Scharliger

Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge,

Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.

Wäscherei „auf Neu“

für Gardinen, Waschkleider und Waschblasen

Hug. Marx

Wurst- und Fleischwarenfabrik,

Kreuztal-Kreuztal. Fernruf

18. Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vielfältiger

und deren Zubehör.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59

Eisenbahn-Baugeschäft

Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Übernehmen Montage und Demontage

von Maschinen aller Art, Dampfmaschinen, Lokomotiven, Hammer-, Press- und Walzwerksanlagen sowie Kessel und Eisenkonstruktionen.

Wir garantieren für gewissenhafte und sachgemäße Ausführung bei billigster Berechnung. In Referenzen gerne zu Diensten.

Gestring & Heitze

Dortmund, Burgholzstr. 29

Deuz i. Westf.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12-16.

Feldmann & Munker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Krombacher

Pil-
ner,



**RINDLSBERG
BRÄU**

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen
in Friedensstärke.

hell
und
dunkel

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.

Geschmiedetes la. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.



DEUTSCHE AUSKUNFTEI

(vorm. R. G. Dun & Co.) G. m. b. H.
Geschäftsstelle für Westfalen:

:-:-: Dortmund :-:-:

Tel. 4795 Nationalbank-Gebäude Tel. 4795

Vertreter für Süd-Westfalen:

F. Heimberger, Hageni. W., Mittelstr. 17.

Geschäftliche Auskünfte jeglicher Art
aus allen Teilen der Erde rasch, modern
und zuverlässig. Beschaffung v. Ver-
treteradressen. Beratung in allen
:-:-: Auskunftangelegenheiten. :-:-:

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf (Kr. Siegen)

Übernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen
Werkstücken, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen
jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Sämtl. Pelzwaren
eigener Fabrikation

Hüte, Mützen,
Schirme.

Ankauf aller Pelz-
felle.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 630. — Marburger Str. 10/12.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft
Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.

Kartothek-Karten

fertigt nach Vorlage

W. Winkel Bielefeld
Papier-Fabrik L. W.

Parteibüro der D. D. P.
Brüderweg 1.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Schöngeistiger Literatur

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
bis zu den neuesten Erscheinungen:
Philosophischen Werken, Klassikern, Jugend-
bücher, Gerahmte u. ungerahmte Kunstblätter,
Reiseerzählungen, Delgemälde, Technischen
Werken, Politischen Memoiren, Papierwaren,
:: Schulartikeln, Musikalien. ::
Unterhalte stets ein großes Lager in
:: Reclams Universalbibliothek. ::
Empfehle mich außerdem zur Lieferung sämtlicher
:: Zeitschriften und Werke aller Literaturgebiete. ::
Befestigung meines reichhaltigen
:: Sortiments ohne Kaufzwang. ::

Heinrich Aha, Weidenau, Wilhelmstr.

Heinrich Braas

Bautechnisches Büro
Sandstraße 1 :: Ruf 804.

Karl Buch

Buchhandlung u. Buchbinderei
— gegr. 1897 —

Siegstr. 25 :: Ruf 2022.

August Braun.

Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. — Fernruf 638.

Karl Burgmann

: Schuhwaren und Maßarbeit :
Siegstraße 7.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns
Kaffeegeeschäft
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

WEIDENAU.

Karl Helmes

Kaffee-Spezialgeschäft
Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.
Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

Paul Hruby

Spezialhaus für feinen Damenputz
Wilhelmstraße.

Otto Morik

Uhren, Gold- und Silberwaren.
Beste in Masssilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.
Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Öffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. :: Ruf 891.

NOH & BUCH

NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL- BRÜCKEN- NIETEN GITTER- GLECH-
SCHIFF- VERSEH- NIETEN U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Nordstern-

Versicherungs-Aktiengesellschaften
Berlin-Schöneberg
empfehlen sich für
Lebens-,
Unfall-,
Haftpflicht-,
Transport- und Reisegepäck-
Versicherungen.

Versicherungen.

Generalvertreter
Heinrich Aufschbach
Untere Friedrichstr. 31.
— Ruf 518. —

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. :: Ruf 387

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfehlte sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

Zigarren-Spezialgeschäft

Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Schleifenbaum & Steinmetz

Maschinenfabrik.
Spezialität:
Scheren, Pressen, Dampfhammer
Austraße, Ruf 1479.

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche,
Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Hermann Treude

Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung
Seidweid i. B.
Büro u. Lager Weidenau, Untere Friedrichstr. 64
Ruf 1407.

Konditorei und Café

ERNST WARNKE

Bringe meine Gartenwirtschaft in empfehlende
Erinnerung.
Wilhelmstraße Ruf Nr. 368.